

# Die Super-Uni kommt – mit Korrekturen

CDU und FDP beschließen Änderungen am NTH-Gesetz / Opposition sieht „verfassungsrechtliches Risiko“

VON JULIANE KAUNE  
UND KLAUS WALLBAUM

**Hannover.** Die neue Super-Universität als Dachverband der Hochschulen in Hannover, Braunschweig und Clausthal wird Anfang 2009 kommen. Gestern haben CDU und FDP im Wissenschaftsausschuss des Landtags die vorletzte Hürde für dieses bundesweit einmalige Gesetz beiseitegeräumt. Mitte Dezember soll der Beschluss im Landtag folgen. „Wir betreten Neuland mit dem Ziel, bessere Bedingungen bei der Beantragung von Forschungsmitteln zu bekommen“, sagte Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU). SPD, Grüne und Linkspartei warnten, das Gesetz berge „verfassungsrechtliche Risiken“.

Das Gesetz sieht einen Verbund der

technischen Fakultäten aller drei Hochschulen vor. Die neue „Niedersächsische Technische Hochschule“ (NTH) soll dann auch in die Entwicklungsplanung der einzelnen Universitäten eingreifen können. Hierzu hatten die unabhängigen Landtagsjuristen zu Wochenbeginn Bedenken geäußert, weil die in der Landesverfassung garantierte Wissenschaftsfreiheit berührt sein könnte.

Seit Dienstag sind nun wesentliche Teile des Gesetzes geändert worden. Damit sollen Bedenken, wie sie vor allem aus der Leibniz Universität Hannover geäußert wurden, aufgegriffen werden. Über die Berufung neuer Professoren sollen – anders als zunächst geplant – nicht die Gremien der NTH entscheiden, sondern die einzelnen Mitgliedsuniversitäten. Außerdem bekommt die NTH ein „Kuratorium“

aus „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ an die Seite gestellt. Dieses wird dann eingeschaltet, wenn im NTH-Präsidium keine Einstimmigkeit besteht, also der Präsident einer der drei Hochschulen eine andere Auffassung hat als die seiner beiden Kollegen. Schließlich werden die Professoren der Mitgliedsuniversitäten gleichzeitig Mitglieder der NTH – wie auch die Studenten, die spezielle NTH-Studiengänge nutzen. Dies wird nötig, weil die NTH sonst den Titel „Universität“ nicht tragen könnte.

Die wichtigste Forderung der Uni Hannover, nämlich früher als im fünften Jahr die Präsidentschaft der NTH für zwei Jahre ausüben zu können, wurde nicht ins Gesetz aufgenommen. Die ersten zwei Jahre soll Braunschweig präsidieren, anschließend Clausthal.

Die Grünen rügten, es fehle ein „gerichtsfestes Fundament“. Bedenken seien „ignoriert worden“, beklagte die Linkspartei. Nach Ansicht der SPD gibt es erhebliche Verstöße gegen die Hochschulautonomie. „Weil wir Neuland betreten, können nicht alle verfassungsrechtlichen Fragen abschließend beantwortet werden“, sagte dazu der CDU-Hochschulexperte Jens Nacke.

Der Präsident der Leibniz-Uni Hannover, Erich Barke, zeigte sich überrascht von einigen beschlossenen Änderungen. Deren Tragweite sei „nicht abschätzbar“. Bei der Sitzfrage hätten die Hannoveraner „den Kürzeren ziehen müssen“, die Neuregelung des Berufungsrechts allerdings sei „ein Erfolg“.